



Inland Bundespräsidentin vor schwierigem Jahr
Leuthard dürfte heute zur Bundespräsidentin gewählt werden. > 5



Kanton Solothurn Die SP tritt wieder mit Zanetti an
Der Kandidat rüstet sich zum Aufstieg auf den Gipfel. > 11

Heute mit:

- Immobilienmarkt > 37-40
- Stellenmarkt > 42-44

OLTNER TAGBLATT

MITTELLAND ZEITUNG



Sport Olympia ohne Lara Gut?
Die junge Tessinerin denkt zurzeit nicht ans Skifahren. > 30

Nachrichten

Mehr Busse im Niederamt

Auch zwischen Aarau und Olten fahren ab dem Fahrplanwechsel vom 13. Dezember mehr Busse, teilweise gar auf neuen oder verlängerten Linien. Nach den Gäuer und Untergäuer Gemeinden in der gestrigen Ausgabe zeigt das OT heute die Veränderungen in der Busversorgung für die Niederämter Gemeinden auf. (CVA) **Seite 14**

0,5 Prozent mehr Lohn im Aargau

Der Aargauer Grosse Rat hat die von der Regierung beantragte Lohnerhöhung 2010 für das Staatspersonal halbiert und auf 0,5 Prozent festgelegt. Damit spart der Kanton rund 5,5 Millionen Franken. (OTR) **Seite 15**

Verkehrsentlastung für Schönenwerd?

Das Solothurner Baudepartement hat das bald 15-jährige Projekt einer Dorfkernentlastung für Schönenwerd aktualisiert. Der Kanton wäre bereit, das 22-Mio.-Franken-Projekt jetzt anzupacken – Opposition gibts aber innerhalb der Gemeinde. Die Gemeindeversammlung vom nächsten Montag wird entscheiden, ob der Traum von einem entlasteten Dorfkern begraben werden muss. (CVA) **Seite 24**

Die spitzen Ohren der Donatoren

An der heutigen ausserordentlichen Generalversammlung des Fussballclubs Olten werden zahlreiche (stimmberichtigte) Mitglieder der Gönner- und Donatorenvereinigung erwartet. Man wolle sich das Ganze interessiert anhören. Gut möglich ist, dass sie ihrer Enttäuschung und Unzufriedenheit über die aktuelle Situation zum Ausdruck bringen und die Dinge allenfalls in ihrem Sinne beeinflussen werden. (OTR) **Seite 31**

HEUTE FINDEN SIE:

Ausland/Inland	2-7
Wirtschaft	8/9
Kanton Solothurn	11/12, 14
Börse	13
Nachbarschaft	15
Forum	16
Mix	17
Region	19
Olten/Niederamt/Thal-Gäu	20-28
Sport	29-31
Kultur	32
Tagebuch	33
Radio/TV	35
A bis Z	36

Libyen-Geiseln: 16 Monate Gefängnis!

Schweizer Politiker sind empört über das Urteil aus Tripolis

Schlechte Nachricht aus Libyen: Die beiden seit Juli 2008 festgehaltenen Schweizer sind am Montag zu Haftstrafen von 16 Monaten verurteilt worden.

BEAT RECHSTEINER

Das Urteil aus Libyen bestätigte das Aussendepartement gestern Abend. Es habe eine Gerichtsverhandlung gegeben, bei der die zwei Geiseln jedoch nicht anwesend gewesen seien. Laut einem Schweizer Diplomaten wurden die Geschäftsmänner vor Gericht von libyschen Anwälten vertreten.

Sie selbst harren nach wie vor in der Schweizer Botschaft in Tripolis aus. Während einer Woche haben die Schweizer nun offenbar die Möglichkeit, ihre Verurteilung wegen angeblicher Verstösse gegen libysche Visa-Bestimmungen anzufechten. Gleichzeitig allerdings soll gegen sie ein zweites Verfahren laufen, wie die Nachrichtengeneratur AFP gestern berichtete. Dabei gehe es um illegale wirtschaftliche Tätigkeiten.

In Diplomatenkreisen wird darüber spekuliert, ob das Urteil von 16 Monaten damit zusammenhängen könnte, dass die

Schweizer nun seit rund 17 Monaten in Libyen festsitzen. Man hofft darauf, dass den Geiseln diese Zeit zumindest teilweise an die Haftstrafe angerechnet wird. Agenturen berichteten hingegen, dass lediglich jene 20 Tage angerechnet werden, welche die Schweizer im Sommer letzten Jahres tatsächlich im Gefängnis verbracht haben.

Baldige Begnadigung?

Bei Schweizer Politikern stiess das Urteil auf Unverständnis. SP-Präsident Christian Levrat sagte auf Anfrage, der Richterspruch sei völlig unverhältnismässig und offensichtlich politisch motiviert. An der Gesamtsituation ändere sich aber nicht viel. Die Diplomaten müssten nach wie vor versuchen, die beiden Geiseln freizubekommen. SVP-Ständerat und Aussenpolitiker Maximilian Reimann sprach von einer ungeheuerlichen Vergeltungsmassnahme für die Inhaftierung von Gaddafi-Sohn Hannibal in Genf, welche die Affäre im Sommer 2008 ausgelöst hatte. Reimann hat aber auch Hoffnung: «Nach dem Urteil erwarte ich nun eine baldige Begnadigung der beiden Schweizer.» **Seite 5**

Handlungsbedarf besteht. Denn die heutige Gesetzesgrundlage stammt aus den Zeiten, als die Post ein Staats- und Monopolbetrieb war. Doch das ist längst nicht mehr der Fall, denn der Postmarkt ist heute weitgehend geöffnet. Ausnahme bilden die Briefe bis zu 50 Gramm. Alles andere ist bereits im freien Wettbewerb: die Expressdienste, die Paketdienste, die Kurierdienste, alle Briefe über 50 Gramm. Ein weiteres Faktum ist, dass die Menge der Briefe seit Jahren zurück geht, während die Post Finance immer wichtiger wird und bald gegen zwei Drittel des Gewinnes ausmacht.

Kommentar

Post – quo vadis?



BEAT NÜTZI

Der Ständerat machte gestern deutlich, dass bei der Post bzw. beim Postgesetz

Handlungsbedarf besteht. Denn die heutige Gesetzesgrundlage stammt aus den Zeiten, als die Post ein Staats- und Monopolbetrieb war. Doch das ist längst nicht mehr der Fall, denn der Postmarkt ist heute weitgehend geöffnet. Ausnahme bilden die Briefe bis zu 50 Gramm. Alles andere ist bereits im freien Wettbewerb: die Expressdienste, die Paketdienste, die Kurierdienste, alle Briefe über 50 Gramm. Ein weiteres Faktum ist, dass die Menge der Briefe seit Jahren zurück geht, während die Post Finance immer wichtiger wird und bald gegen zwei Drittel des Gewinnes ausmacht.

Die SVP wechselt das Pferd

Borer will nicht mehr – Heinz Müller oder Walter Wobmann steigen ins Ständeratsrennen ein

Die Parteileitung der SVP hat gestern Dienstagabend entschieden, zum zweiten Wahlgang um einen Sitz im Ständerat anzutreten. Dies jedoch nicht mit Nationalrat Roland Borer.

Borer habe auf eigenen Wunsch auf eine erneute Kandidatur verzichtet, teilte die Partei gestern Abend mit. Zur Diskussion stehen nun Kantonsrat und Parteipräsident Heinz Müller (Grenchen) oder Nationalrat Walter Wobmann (Gretzenbach). Der Name des neuen SVP-Kandidaten wird voraussichtlich heute Mittwoch bekannt gegeben.

Der Entscheid der SVP richtet sich in erster Linie gegen den CVP-Kandidaten Roland Fürst. Im Communiqué wirft ihm die SVP vor, «kein bürgerlicher Kandidat» zu sein. Er sei bisher im Kantonsrat «weder als Kämpfer, noch als besonders bürgerlich oder wirtschaftsfreundlich aufgefallen – im Gegenteil». Die SVP wolle verhindern, dass mit Fürst ein weiterer CVP-Mann in den Ständerat gewählt werde, der

mithilfe, den Freisinnigen einen Bundesrat abzugeben oder SVP Bundesräte abzuwählen. «Dieses machtgeile Treiben der CVP muss gestoppt werden.» Vom SVP-Entscheid profitieren dürfte der SP-Kandidat Roberto Zanetti, der im ersten Wahlgang mit 40,7 Prozent der Stimmen klar an der Spitze lag. (CVA) **Weiterer Bericht Seite 11**

Gesetzliche Anpassungen sind ebenfalls in Bezug auf die Organisation nötig. Zum Beispiel um der Post eine zeitgemässe Rechtsform zu geben oder um die arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen sowie die Aufsicht über die Finanzdienstleistungen anzupassen. Unsere Post soll die Chance erhalten, sich in einem liberalisierten europäischen Umfeld einen guten Platz schaffen zu können.

Bei all diesen Veränderungen gilt es jedoch darauf zu achten, dass die postalische Grundversorgung als ein wichtiger Pfeiler des Service public nicht ausgedünnt wird, weil man sich von falschem Rentabilitätsdenken leiten lässt. Immerhin ist festzustellen, dass beim vollständigen Wegfall des Briefmarktmonopols zur Sicherstellung der Grundversorgung zwei Auffangnetze vorgesehen sind: ein Fonds, in den alle Anbieter von Postdienstleistungen einzahlen müssen, und für den Fall, dass alle Stricke reissen, Subventionen des Bundes. Diese Auffangnetze beweisen: Freier Markt und Service public vertragen sich nicht überall. nuetzi@oltner.tagblatt.ch

Breite Kritik hält an

Neue Regeln für Volksinitiativen in Diskussion

Die internationale Kritik am Schweizer Minarett-Verbot hielt gestern an: Das türkische Aussenministerium zeigte sich besorgt. Und für UNO-Menschenrechtskommissarin Navi Pillay ist das Verbot «klar diskriminierend». Auf der Online-Seite der deutschen Zeitung «Bild» sprachen sich 81 Prozent von über 130000 Umfrageteilnehmern für ein Minarett-Verbot in Deutschland aus.

Gegenüber dieser Zeitung fordert Rechtsprofessor Andreas Auer, dass das Bundesgericht und nicht mehr das Parlament über die Gültigkeit von Vorlagen befinden soll. Über Begehren, die im Widerspruch zur Menschenrechtskonvention stehen, soll nicht mehr abgestimmt werden. CVP-Chef Christophe Darbellay bekräftigte seine Forderung nach einem Burka-Verbot. Zudem sagte er auf Tele M1, es solle keine neuen separaten Friedhöfe mehr geben – weder für Muslime noch für Juden. (MZ) **Seiten 4, 7**



Oltner Sportler zurück in der Schützi

In einer etwa einstündigen Zeremonie zeichnete die Stadt Olten gestern in der Schützi, der ehemaligen Turnhalle, ihre besten Sportler des Jahres 2009 aus. Die aus Olten stammende Sportjournalistin Barbara Colpi (links) moderierte vor 150 Zuschauern die Preisverleihung, an der Konrad von

Allmen, Laura Sirucek, Christoph Bösiger, Yvonne Graber und Thomas Frei (neben Colpi von links) zu den bekanntesten ausgezeichneten Athleten zählten. Für sein Lebenswerk ausgezeichnet wurde Hans Roth, seit 1972 Leiter des freiwilligen Schulsports in Olten. (EG) **Seite 19**



GESAGT

«Es wäre übertrieben zu sagen, dass die Rezession endgültig vorüber ist.»

AYMO BRUNETTI, Direktor Wirtschaftspolitik im Seco, zum Wirtschaftswachstum im dritten Quartal dieses Jahres **Seite 9**